

Volks-Zeitung

Verantwortlicher: Die Redakteure, Berlin-Sigali

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Bräse, Berlin

Gas abm.	15000
Wasser abm.	10000
Mark-Stück	10000
Schuldschein	10000
Schlüsselschlüssel für Bücher	75000
Index für Aerzie, Berlin	45000

Zucker in Gemische und Obst genügend, Preise meist höher.	
Blumenkohl 80 000-100 000 M. d. K.	
Wirsingkohl 50 000-60 000 M. d. Pfd.	
Rothkohl 55 000-70 000 M. Weisskohl 35 000-45 000 M. Kohlrabi 110 000 bis 120 000 M. d. Mdl., Mohrrüben 30 000	
Spinat 70 000 bis 100 000 M. d. Pfd.	
Spargel 70 000 bis 100 000 M. d. Pfd.	
Zwiebeln 60 000-80 000 M. Kirschen 20 000-100 000 M. Johannisbeeren 50 000-60 000 M. d. Pfd.	

Strassenbahn 100000, Umsteig 120000	
Hochb. II, 35-45000, III, 25-35000	
Stadtbahn, II, 60000, III, 40000	
Umlauf, Teil 100000, 2. Teil 120000	
Broschüre II, 250000, III, 200000	
Tel. 114000, Geop. 10000, Ant. 20000	

„Frankreichs Vorschläge nicht unabänderlich“

Der Inhalt der neuen französischen Note - Poincaré will nicht annectieren - Progressive Räumung des Ruhrgebietes - Moratorium und Pfänder - Die interalliierten Schulden

Paris, 22. August. (Gen.)

Die französische Antwort auf das Schreiben der englischen Regierung vom 11. August ist heute früh um 9 Uhr in Form eines Schreibens in die Presse zugänglich gemacht worden. Dieses Schreiben umfasst zunächst auf Seite 7 bis 25 eine in Kapiteln eingeteilte, zunächst vorläufige Darstellung der Reparationsfrage, um dann in eine allgemeine und inhaltliche Darstellung der französischen Stellungnahme zum Reparationsproblem überzugehen. Es folgt alsdann auf den Seiten 27 bis 55 in Form eines Anhanges eine Widerlegung jedes einzelnen Punktes des englischen Schreibens vom 11. August sowie des dazu gehörigen Anhangs.

Dem ersten historischen Teil ist wenig Interesse abzugewinnen. Es folgt alsdann eine Begründung der Ruhrbesetzung mit den Argumenten welche bereits aus der französischen Presse bekannt sind. Auf Seite 18 wird alsdann festgestellt, wie Frankreich sich erst der Ruhrbesetzung als nicht militärisch gebodet habe. Dieser Absatz endet mit den Worten: „Es war eine gütliche Abmachung, eine friedliche Zusammenarbeit, die wir Deutschland bei unserem Eintritt in das Ruhrgebiet ehrlich angeboten haben.“ Der folgende Abschnitt handelt sich dann dem passiven Widerstand zu der tatsächlich aktiv und gewalttätig gewesen sei. Es wird alsdann dargelegt, warum Frankreich zunächst die Einstellung des passiven Widerstandes verlangen muß, ehe es in irgendwelche Verhandlungen mit der deutschen Regierung eintritt. Wir wollen nur hier bemerken, so heißt es in dem Gebot, daß wenn es nicht mehr notwendig sein wird, die Gruben, Eisenbahnen und Kanäle vor Sabotageakten zu schützen, die Truppen alsdann mit der Arbeiterbevölkerung nur wenig in Berührung kommen würden. Der Abschnitt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab.

Wir wiederholen nochmals, daß wir durchaus nicht den Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben, als es notwendig ist, und daß wir keinerlei anexionistische Absichten haben. Wir wissen genau, daß Deutschland uns sehr schnell bezahlen kann, und daß es nur von ihm abhängt, eine progressive Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab.

Weiter wird ausgeführt, daß Frankreich nicht die Absicht hat, Deutschland zu ruinieren. Es habe im Gegenteil ein Interesse darin, daß seine Schuldner sich zahlungsfähig erhalten. Frankreich wolle sehr wohl, daß der Zusammenbruch Deutschlands schwere Erschütterungen für ganz Europa zur Folge haben würde, aber der Zusammenbruch

Frankreichs würde nicht weniger erschütternd wirken. Er würde ebenso verheerend und noch ungedeuter sein. In der Schlussfolgerung dieses ersten Teils der französischen Note wird alsdann gesagt: „Über alle diese Fragen sowie über alle anderen Teile sind wir auch weiterhin bereit, freundschaftlich mit England und den übrigen Alliierten zu verhandeln.“ Wenn wir durch die Veröffentlichung der englischen Note dazu gezwungen worden sind, über wir glauben, daß die Verhandlungen, die es nun, daß sie fortzuführen den Alliierten vorschlagen oder daß sie nach Einstellung des passiven Widerstandes mit Deutschland beginnen werden, mit größter Eile fortgesetzt werden müssen. Über den Standpunkt bezüglich der Abgrenzung der deutschen Zahlungsfähigkeit heißt es dann in der Schlussfolgerung weiter: „Wir verlangen im Grunde genommen nur, daß man die Reparationskommission in der Erfüllung ihrer Aufgabe nicht hindert, daß man sie fräftigt und nicht verläßt, sie zu schwächen, daß man ihr gestattet, die Lage Deutschlands zu prüfen und periodisch seine Zahlungsfähigkeit abzusuchen.“

Wir verlangen, daß Deutschland in dem für die Wiederherstellung seiner Finanzen notwendigen Zeitraum seine Zahlungen in Gold, in Wertpapieren und in Waren leistet, während die Alliierten die Pfänder besetzen, die sie im allgemeinen Interesse in der Hand halten.

In dem Anhang in dem Poincaré das englische Schreiben vom 11. August in seinen einzelnen Punkten kommentiert, sind auf Seite 44 folgende Momente von Interesse. In der Nummer 42 heißt es: „Wir sind durch die Meinung Englands, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ein Ende nehmen muß, wenn Garantien über Pfänder, die von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten weniger schädlich und produktiver als die Ruhrbesetzung sind, gefunden werden. Es heißt hier, die englische Regierung könne die interalliierten und belgischen Kommissionen nicht genehmigen. Wir sind durchaus bereit, wenn der Widerstand aufgehört hat, nach und nach den Charakter der Besetzung zu ändern, und in jeder Hinsicht mit unteren Alliierten die Kontrolle der in unterer Hand befindlichen Pfänder sicherzustellen.“

Über wir werden das Ruhrgebiet nicht auf neue Besprechungen hin räumen. Wir wollen bezahlt werden.

In Punkt 43 heißt es, es hängt von Deutschland ab, daß wir aus dem Ruhrgebiet herausgehen, indem es sich durch die Entzerrung seiner Finanzen in die Lage versetzt, internationale Anleihen aufzunehmen. Die Hoffnung auf die Räumung des Ruhrgebietes wird für Deutschland stimulierend wirken.

Belgiens Antwort

Paris, 22. August. (W. I. B.)

Nach einer Vorabmeldung aus Brüssel teilt „Globe Belge“ mit, daß die belgische Antwort Poincaré heute Abend überreicht werden wird. Donnerstag werde die Übergabe in London erfolgen. Die Antwort werde sich mit der belgischen Wirtschaft beschäftigen und daran erkennen, was Belgien bisher an Reparationsleistungen erhalten habe. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die belgische Regierung von neuem betont werde, daß das Ruhrgebiet für Belgien ein Pfand und ein Druckmittel auf den Schuldner darstelle. „Globe Belge“ sagt weiter, daß man in ministeriellen Kreisen sehr optimistisch sei, daß die Verhandlungen weiter fortgeführt werden könnten.

Jeder Eingriff in die gelagerten Bestände wird mit einer Geldstrafe in doppelter Höhe des Wertes des genommenen Stoffes oder mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren geahndet.

Neue Milliardenbeute der Franzosen

Reichshausen, 21. August. (W. I. B.)

Frankzösische Kriminalkommissionen nahmen zwölf Milliarden Reichsmark weg, die für die Einlösung der Reichshausen bestimmt waren. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort gestern 35 Milliarden Reichsmark in einem Kasse verschwinden. Eine weitere Summe von 45 Milliarden ist in Gengenbach in der Nähe von Bonn fortgenommen worden. Bei der Verhaftung für die im Westdeutschen liegende Besatzung der von den Franzosen besetzten Eisenbahnen II und III soll der von den Franzosen besetzten Eisenbahnen II und III der Besatzung wurden in einer in Düsseldorf erbeuteten Kasse von den Franzosen 600 Millionen Reichsmark fortgenommen. Die Besatzung wurde auf der Verhaftung des Besatzungsbefehlshabers wieder aufreisten Fuß gestellt. Eine Verkaufsstelle der Besatzung wurde für die Franzosen geräumt werden.

Abrechnung der Eisenbahnen in Warschau. Auf Veranlassung des Eisenbahndirektors sind bei der Ausgabung von Reichsmark und Schillingen in den Warschauer Restaurants Einschränkungen eingeführt worden.

Späte Einsicht der Besatzungsbehörden

Schaffung einer Scharpolizei

Brüssel, 21. August. (W. I. B.)

Der belgische Bezirksdelegierte teilte dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mit, daß die Rheinlandkommission die Schaffung einer zeitlichen Scharpolizei etwa bis zur Stärke von 100 Prozent der jetzigen Polizeistärke in der belgischen Zone unter der belgischen Verwaltung gestattet habe. Die Rheinlandkommission beauftragt die belgischen Bezirksdelegierten die genehmigten Polizeistärke zu beschaffen. Sie haben das Recht, sich der Ernennung eines ihnen nicht genehmer Polizeibeamten zu widersetzen. Das Einsichten dieser Polizei ist abhängig von einer vorher erfolgten ausdrücklichen Genehmigung des Kreisdelegierten. Dieser ist auch befugt, die gängige oder teilweise Auflösung zu verfügen.

Die Degoutte die Kohlensteuer eintritt

Paris, 22. August. (W. I. B.)

Nach einer Vorabmeldung aus Düsseldorf hat General Degoutte eine Verfügung erlassen, durch die in allen Gruben, die bisher keine Kohlensteuer bezahlt oder keine Verzierung geleistet haben, Kohle und seine Nebenprodukte zugunsten der alliierten Mächte gelagert werden.

Die Besatzungsbehörden werden die Kohlensteuer eintritt.

Dollar: 530000

In Gelsenkirchen wird eine sehr starke Kontrolle des Auto- und Fuhrverkehrs ausgesetzt. Das Verbot des Straßenbahnverkehrs in den Gemeinden Hellum, Dellen, Sterkade und Thersfeld ist aufgehoben. In der belgischen Besatzungszone soll eine Disziplin gebildet werden. Die „Westfälische Arbeiterzeitung“ ist von den Franzosen verboten worden. Bei der Besetzung eines Depots wurde ein Schloffer der Eisenbahnwerkstätten Witten von den Besatzungsstruppen erschossen.

In Madrid ist durch einen sehr starken Anstieg der Arbeitslosigkeit schwerer Schaden angerichtet worden. Die Beziehungen zwischen den französischen, belgischen und spanischen Eisenbahnen in der Zone der Besatzung sind am Ende September beendet worden. Der Tarif für Personen- und Güterverkehr auf den belgischen Eisenbahnen wird vom 1. September ab um 100 Prozent erhöht. Neuerseht, daß die britische Regierung noch keine Entscheidung über die Annullierung des Abkommens von Griechenland getroffen hat.

Die neue Wirtschaftspolitik

Vor dem Erlaß der Notverordnung

Über die Absichten der Regierung hinsichtlich der „Demokratische Wirtschaftsordnung“

Schon jetzt sieht man, daß die Regierung in erster Linie darauf ankommt, einer weiteren Entwertung der Mark vorzubeugen. Hierdurch würde auch das Fortschreiten der Teuerung hintanhaltend gehalten werden; dieser Gedanke man aber auch noch positiv durch große Anstöße von Lebensmitteln im Ausland, insbesondere von Speiseeis, zu begehen. Für diese beiden Zwecke soll die Annullierung eines Devisenverbots die erforderliche Grundlage schaffen, über dessen Höhe noch nichts Genaueres bekannt ist; doch dürfte eine Summe von mindestens 200 Millionen Goldmark dafür in Betracht kommen. Wie erinnerlich, hatte schon das Kabinett Cuno in seinen letzten Tagen mit den Kreisen von Handel, Industrie und Landwirtschaft über die freiwillige Ablieferung von Devisen verhandelt. In Besprechungen am letzten Sonnabend haben sich auch Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie dem neuen Ministerium gegenüber mit der weiteren Abgabe von Devisen einverstanden erklärt; die anderen Wirtschaftskreise werden wohl in den nächsten Tagen folgen. In erster Linie kommt es darauf an, Devisen, die sich tatsächlich im Besitze der Interessenten befinden, dem Reich gegen Guthabegeldung zuzuführen, es werden daher Vorkehrungen dagegen getroffen werden müssen, daß die zur Abgabe Herangezogenen nicht erlich, womöglich unter Inanspruchnahme von Reichsschatzmitteln, neue Devisen kaufen und ihre alten behalten. Auch wird, falls der freie Wille der Besitzer verliert, Zwang in Anspruch genommen werden.

Über diese Einzelheiten werden wir in wenigen Tagen durch die Notverordnung unterrichtet werden. Für den Augenblick ist die Hauptfrage, daß das deutsche Volk erkennt, daß das neue Reichsministerium nicht unzulässig die Devisen, das es nicht den Dingen ihren Lauf zu lassen gestattet ist, hinter den Ereignissen herrennt, daß es vielmehr die Entwicklung durch solchen Eingriffen in der Bevölkerung sich bemüht. Schon diese Erkenntnis wird in der Bevölkerung eine gewisse Erleichterung und Entspannung hervorrufen. Es ist möglich eine hohe Entwertung der Reichsmark, wenn die Maßnahme auf der rechten und linken Seite darin, daß das Kabinett Stresemann jetzt mit solcher Beschlusung den Wirtschaftskreisen durch neue Mittel entgegenzutreten sucht, den Beweis erbringt, daß alle bisherigen Maßnahmen verfehlt hatten. Ganz abgesehen davon, daß die neue Steuererhebung ja noch zum Inventar der früheren Regierung gehört, so ist von Anfang an niemand im Zweifel darüber gewesen, daß diese Steuern nur den Beginn einer großartigen Reform darstellen haben, und die jetzige Regierung verdient nicht Hohn und Spott, sondern rückhaltlose Anerkennung, daß sie wenige Tage nach ihrer Bildung erhebliche Aktivitäten entwickelt. Das das Wirtschaftsleben, das durch so lange Jahre von der einen Krankheit in die andere gefallen ist, nicht sofort wieder von heute auf morgen gefunden kann, ist ganz selbstverständlich, man muß zufrieden sein, wenn nur vorläufig ein Stillstand eintritt und einige Symptome des Genesungsprozesses sich zeigen. Gerade aus diesem Grunde aber hat umgekehrt auch die Regierung die Pflicht, den Gründen des jüngsten Marksturzes sorgsam nachzugehen und, wenn irgend möglich, eine Gegenaktion einzuleiten.

Ganz natürlich aber ist es auch, daß mit einer Stützung der Mark durch einen Devisenfond und mit anderen währungs-